



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

EU stimmt Merkels Plan zu Griechenlandhilfen zu

Bilaterale Hilfen der EU-Staaten nur als letzte Möglichkeit

Die EU-Staaten haben sich in Brüssel auf Vorschlag von Bundeskanzlerin Merkel auf eine grundsätzliche Hilfszusage für Griechenland geeinigt. Sollte das Land ernsthafte Probleme bei der Refinanzierung auf den Kapitalmärkten bekommen, wären bilaterale Hilfen der übrigen EU-Staaten gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds möglich. Diese Hilfen müssen aber verzinst werden und wären kein verlorener Zuschuss. Zugleich wurde der Ratspräsident van Rompuy beauftragt, Vorschläge für eine längerfristige Verbesserung der Regeln für die Währungsunion zu erarbeiten. Ziel muss es sein, einen „zweiten Fall Griechen-

land“ zu vermeiden. Damit konnte sich Angela Merkel auf ganzer Linie mit ihrer Position durchsetzen.

Allerdings darf bei der ganzen Diskussion nicht vergessen werden, dass Griechenland bislang nicht um Hilfen nach-gesucht hat. Es ging bei dem Beschluss in Brüssel daher in erster Linie darum, die Märkte zu beruhigen. Europa hat seine Handlungsfähigkeit bewiesen und zugleich seine Solidarität mit einem in Schwierigkeiten befindlichen Land gezeigt. Das wichtigste Ergebnis ist aber das Signal an die Spekulanten: Der Euro wird auch künftig eine stabile Wäh-rung sein. Wer jetzt Geld auf den Staatsbankrott Griechen-lands wettet, wird sein Geld ganz sicher verlieren!

Einigung bei Jobcenter-Reform

Mehr Kommunen können Hilfesuchende eigenständig betreuen

In einem Spitzengespräch am letzten Mittwoch haben sich Union, FDP und SPD darauf geeinigt, die bisherige Arbeitsvermittlung „aus einer Hand“ durch eine Grundgesetz-änderung rechtlich abzusichern. Mit diesem Kompromiss können noch vor der Sommerpause die entsprechenden gesetzlichen Regelungen beschlossen werden.

Dabei wurden die Kommunen gestärkt. Durch die Auswei-tung der sog. „Optionskommunen“ von derzeit 69 auf 110 können dann 25% aller Kommunen ihre Arbeitssuchenden in eigener Regie – also ohne die Bundesagentur für Arbeit – betreuen. Die Union wollte es schon in der letzten Wahl-perioden mehr Gemeinden gestatten, ihre hohe Kompetenz bei der Betreuung Arbeitssuchender noch besser einzu-bringen. Leider scheiterte dies immer am damaligen Koali-

tionspartner. Daher ist der jetzt gefundene Kompromiss eine gute Nachricht für die Arbeitssuchenden und die Kommunen. Dies gilt auch für Pforzheim und den Enzkreis. Beide Kommunen haben sich in der Vergangenheit stets für eine eigenständige Betreuung ausgesprochen. Daher ist es sehr erfreulich, dass die neue Bundesregierung dies in den Verhandlungen mit der SPD durchsetzen konnte. Denn die Kommunen sind näher an den Menschen und kennen die örtlichen Verhältnisse. Daher können sie eine viel direktere Hilfe bieten. Nach dem jetzt gefundenen Kompromiss müssen die Kreistage mit 2/3-Mehrheit die eigenständige Übernahme der Betreuung beschließen, um wechselnde Mehrheiten bei dieser grundlegenden Verwal-tungsorganisation zu vermeiden.

Zitat der Woche

„Auch in der Wirtschaft ist der Frühling ausgebrochen.“, ifo-Präsident Sinn bei der Vorstellung des neuen ifo-Konjunkturbarometers, das einen in dieser Höhe einmaligen starken Anstieg des Geschäftsklimas zeigt.

Runder Tisch beendet Schweigen über Missbrauch

Mit der Einberufung eines Runden Tisches zur Aufarbeitung der sexuellen Übergriffe auf Kinder und der Berufung einer Beauftragten zu diesem Thema zeigt die christlich-liberale Koalition, dass wir das Kartell des Wegschauens, Verschweigens und Bagatellisierens, das den Missbrauch ermöglicht und seine Aufklärung verhindert hat, zerschlagen wollen. Dabei ist es richtig, den Runden Tisch mit allen Formen des Missbrauchs zu befassen. Eine Verengung allein auf die katholische Kirche würde dem Thema absolut nicht gerecht werden, denn Kindesmissbrauch findet leider auch in weltlichen Einrichtungen, in Schulen, Sportvereinen und vor allem in den Familien statt. Aus falsch verstandener Sorge um den Ruf der Schule, des Vereins, der Kirche und aus Angst vor Skandalen wurden die Opfer viel zu lange alleine gelassen. Jetzt müssen endlich die Opfer im Blickpunkt stehen und Strategien der Prävention entwickelt werden. Dazu ist der Runde Tisch ein wichtiger Schritt, allerdings darf er nicht der einzige sein: Wir müssen unsere Arbeit an einem neuen Kinderschutzgesetz fortsetzen und uns überlegen, welche Maßnahmen wir hier noch aufnehmen müssen, um künftig sexuelle Übergriffe auf Kinder zu verhindern.

Gewerbsteuer wird überprüft

Für die christlich-liberale Koalition ist ganz klar: Die Kommunen brauchen verlässliche Einnahmen, um ihre öffentlichen Aufgaben finanzieren zu können. Diese Aufgaben sind vielfältig und werden zu Recht von den Menschen vor Ort eingefordert. Ein funktionierendes kommunales Gemeinwesen sichert gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist zugleich Grundlage für mehr Wachstum und Wohlstand. Die für die Gemeinden wichtigste Finanzierungsquelle ist dabei die Gewerbesteuer. Aber bereits in vergangenen Wirtschaftskrisen zeigte sich, dass die Abhängigkeit von dieser Steuer, die an den Gewinnen der Unternehmen anknüpft, die in der Gemeinde ansässig sind, große Probleme schaffen kann. Zudem sind viele Gemeinden von einigen wenigen Großunternehmen abhängig. Die Bundesregierung hat daher eine Kommission eingesetzt, die bis Ende des Jahres Vorschläge für eine neue Finanzierungsbasis der Kommune ausarbeiten soll, die weniger konjunkturempfindlich ist.

ifo-Geschäftsklimaindex stark gestiegen

Nach der kurzzeitigen Eintrübung im Wintermonat Februar hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft bereits im März deutlich verbessert. Das zeigt: Die Konjunkturprogramme, der Deutschlandfonds, die gezielten Maßnahmen zur Stabilisierung und Stärkung der Kreditmärkte, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der christlich-liberalen Koalition – mit einer Entlastungswirkung in Höhe von gut 8 Mrd. Euro – sowie die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme wirken. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist derzeit wieder annähernd so gut wie vor dem Ausbruch der Krise im Spätsommer 2008. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit einem Wachstum von 1,4 %. 2009 war das BIP um rund 5 % eingebrochen.

Telefonkosten bei Warteschleifen sollen abgeschafft werden

Viele Servicetelefonnummern sind nur unter kostenpflichtigen Nummern erreichbar. Aber sehr häufig müssen die Verbraucher auch oft sehr lange Wartezeiten bezahlen, ehe sie ihr Anliegen vorbringen können. Dieses Ärgernis soll jetzt beseitigt werden. Die Bundesregierung prüft derzeit die technischen Voraussetzungen, wie zwischen der kostenpflichtigen Beratung und der dann kostenlosen Wartezeit unterschieden werden kann.

Gunther Krichbaum empfängt Präsidenten des Europäischen Parlaments



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Am Dienstag besuchte der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, Berlin. Gunther Krichbaum empfing ihn am Denkmal für die polnische Solidarnosc-Bewegung.